

Institutioneller Rassismus bleibt ausgeblendet

Es ist schon bezeichnend für die öffentlichen Debatten um Rassismus, wenn Jens Reichenbach in seinem Kommentar am 22.11.2014 in der NW nach dem Verlauf des Gerichtsverfahrens gegen eine Mitarbeiterin des AK Asyls zu dem Schluss kommt, das Dilemma des vorliegenden Falles liege vor allem in der schwierigen Arbeitssituation der polizeilichen Drogenfahnder. Ganz deutlich zeigt sich hier, wie tief verankert einerseits das scheinbar unerschütterliche Vertrauen in die Legitimität polizeilicher Kontrollen und andererseits die verfestigten Abwehrreaktionen auf die Thematisierung von Rassismus sind. Das Unbehagen über Ereignisse des Alltagsrassismus zu sprechen ist gerade bei *weißen* Deutschen nach wie vor groß. Dabei sollte inzwischen nicht zuletzt durch den NSU-Prozess klar geworden sein, dass eine Verbreitung des strukturellen Rassismus nicht zu leugnen ist. Der Prozess gegen die Mitarbeiterin des AK Asyl hat diese Problematik des institutionell verankerten Rassismus mit all seinen politischen und rechtlichen Dimensionen nochmals deutlich zu Tage treten lassen.

Wer den Fall aufmerksam verfolgt hat, wird eigentlich nicht übersehen haben können, dass der Anfangsverdacht der Polizei, der letztlich zu der Kontrolle der betroffenen Personen führte, nicht haltbar gewesen ist. Es wurden erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der durchgeführten Durchsuchungen offen gelegt. Somit ist klar, dass es sehr wohl andere Gründe für die polizeiliche Kontrolle gegeben haben muss und dass diese von der Angeklagten durchaus zu Recht hinterfragt wurden. Erstaunlich ist daher, wie Jens Reichenbach nicht nachvollziehen kann, dass im vorliegenden Fall der Verdacht geäußert wurde, es handele sich um rassistische Kontrollen durch die Polizei. Dass das sogenannte ‚racial profiling‘ (also die diskriminierende Verwendung von Zuschreibungen wie ethnischer Zugehörigkeit, phänotypischen Merkmalen und nationaler Herkunft als Grundlage für polizeiliche Kontrollen und Durchsuchungen ohne konkretes Indiz) auch in Deutschland für viele Menschen zur täglichen Normalität gehört, wird seit Jahren von Organisationen wie der *Initiative Schwarze Menschen in Deutschland* (ISD) dokumentiert und kritisiert. Eine Petition gegen ‚racial profiling‘ im Herbst 2012 wurde mitunter von Amnesty International und dem Deutschen Institut für Menschenrechte unterstützt. Das Problem des institutionell verankerten Rassismus ist somit offensichtlich nicht von der Hand zu weisen und sollte endlich zu einer selbstkritischen Auseinandersetzung in der *weißen* Mehrheitsgesellschaft führen. Wer dies

jedoch zum Beispiel wie im vorliegenden Fall gegenüber der Polizei im Zuge einer Kontrolle ausspricht, wird nicht selten vor Gericht gezerrt und zur Täterin gemacht. So verurteilte die Richterin die Angeklagte zu 300 Euro Geldstrafe und verneinte den Vorwurf, es habe sich um Kontrolle gehandelt, die als rassistisch zu bezeichnen sei. Eine aussagekräftige Begründung legte sie hierfür übrigens nicht vor.

Scheinbar unbeeindruckt vom Prozessverlauf und den Einwänden der Verteidigung und des Staatsanwalts schloss sich auch Jens Reichenbach dieser vollkommen einseitigen Darstellungsweise zu Gunsten der Polizei in seinem Kommentar an. Mehr als fragwürdig ist dabei beispielsweise, wie er zu dem Schluss kommt, Panik sei der Grund für die Eskalation während der Durchsuchung gewesen. Es wurde von mehreren Seiten in dem Verfahren darauf hingewiesen, dass das konfrontative Verhalten der Polizei sowie die Anwendung von Gewalt bei der Durchsuchung zu einer Eskalation der Situation geführt hat. Eine differenzierte Kommentierung des Falls sieht somit sicherlich anders aus. Der Autor schließt seinen Beitrag gar mit dem Vorwurf, dass der Prozess für politische Auseinandersetzungen genutzt wurde. Damit macht er deutlich, dass er von der umfassenden politischen Dimension des Falls nicht das Geringste verstanden hat. Es geht hier keinesfalls um die Frage, ob ein individuell motiviertes Verhalten der Polizei vorgelegen hat, welches als rassistisch zu beurteilen wäre. Vielmehr wurde im Prozess mehrmals eindeutig hervorgehoben, dass es um strukturelle Formen der Diskriminierung geht.

Und um es nochmals deutlich zu machen: Das Problem sind nicht diejenigen Menschen, die Rassismus ansprechen, kritisieren und auch gegenüber staatlichen Institutionen zur Sprache bringen. Das Problem sind diejenigen, die sich bei jedweder Konfrontation mit dem Thema entrüstet abwenden und jegliche eigene Verstrickung sofort von sich weisen. Dies gilt auch für die Polizei, die die Existenz des institutionellen Rassismus noch immer bestreitet. Das Dilemma bleibt somit vor allem, dass der Weg für eine dringend notwendige Auseinandersetzung mit Rassismus und seinen strukturellen und institutionellen Ausformungen verstellt bleibt. In den Institutionen genauso wie in einer medialen Berichterstattung, die den institutionellen Rassismus konsequent ausblendet.

Sebastian Lemme, Bielefeld